

Rede des Bundeskanzlers Willy Brandt vor dem Europäischen Parlament in Straßburg, 13. November 1973

Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordnete! Darf ich Ihnen zunächst herzlichst dafür danken, daß Sie mich auf diese Weise begrüßt haben, Herr Präsident, und auch schon jetzt Dank sagen für die Auszeichnung, die Sie mir namens des Europäischen Parlaments in Aussicht gestellt haben.

Ein deutscher Regierungschef spricht auf französischem Boden zum Europäischen Parlament — das ist keine alltägliche Konstellation der Politik, sondern ein Ereignis von eigener Bedeutung, ein Ereignis, dem ich glücklich und mit aufrichtiger Dankbarkeit gerecht zu werden versuche. Ich betrachte diese Stunde als eine wichtige Station, die uns erkennen läßt, wie weit, allen Schwierigkeiten und manchen Widerwärtigkeiten zum Trotz, Europa auf dem Weg zu seiner Einigung seit dem Zweiten Weltkrieg doch vorangeschritten ist. Ich will diese Chance nutzen, um unsere Überlegungen für den Fortgang des europäischen Einigungswerks vor diesem sachverständigen Gremium zu prüfen. Doch Sie haben vor allen anderen ein Recht, vom Kanzler der Bundesrepublik Deutschland Auskunft zu erwarten über die Haltung seiner Regierung und seines Volkes in der Krise dieser Wochen.

Meine Damen und Herren! Die Tragödie in der Nahost-Region, die uns nicht nur geographisch, sondern auch geistig und geschichtlich so eng benachbart ist, verlangt von mir — so meine ich — ein deutsches und ein europäisches Wort:

Der Konflikt im Nahen Osten hat das mühevollte Werk der Entspannung auf eine harte Probe gestellt. Sicherlich tragen die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion eine besondere Verantwortung. Aber der Konflikt ist auch eine Herausforderung für Europa. Was in dieser gequälten Nachbarregion vor sich geht, berührt uns unmittelbar. Europa muß also, wenn es dies kann, einen Beitrag zur Lösung des Problems leisten. Dies ist nur in engster Zusammenarbeit möglich.

In der vergangenen Woche haben die neun Staaten der Gemeinschaft zum erstenmal eingehender in einem gemeinsamen Dokument ihrer Diplomaten, ihrer Außenminister Stellung bezogen. Daß nun eine gewisse Einheitlichkeit der europäischen Stimme Gewicht verleiht, liegt letzten Endes auch im Interesse der unmittelbar am Konflikt beteiligten Staaten.

Ein Chor sich widersprechender europäischer Stimmen nutzt niemandem. Politische Einheit aber hat ihren Preis. Sie fordert zuweilen den Verzicht auf Akzente, die einzelne Mitgliedstaaten gern stärker setzen würden; dies ist wohl unumgänglich. Man wird sich daran erst gewöhnen müssen, bei uns und anderswo.

Lassen Sie uns — so möchte ich vorschlagen, meine Damen und Herren — die Resolution vom Dienstag voriger Woche so verstehen: als den Versuch, einen Anfang zu machen, durch Argumente der Vernunft einen Teufelskreis zu durchbrechen. Von hier aus kann man weitersuchen nach Wegen und Verfahren, um die vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen verabschiedeten Entschlüsse in praktische Lösungen umzusetzen.

Was insbesondere die deutsch-israelischen Beziehungen angeht, so wird jedermann verstehen, wenn ich auch hier sage, daß sie einen besonderen Charakter haben. Diese Charakteristik bleibt unangetastet. Für uns kann es zumal keine Neutralität des Herzens und des Gewissens geben. Der Nahostkonflikt geht uns vielleicht noch mehr an als andere: er appelliert an unsere bittere Verantwortung. Aber gerade deshalb machen wir auch die Forderung nach einem gerechten und dauerhaften Frieden in dieser Region zu der unseren.

Wäre uns Gleichgültigkeit erlaubt, dann hätten wir geringeren Anlaß, uns so tief beteiligt zu fühlen. Dieses Beteiligtsein — wie ich nachdrücklich unterstreichen möchte — kommt auch der arabischen Welt zugute.

Denn nur durch eine dauerhafte Friedensregelung wird es gelingen, aus der verfeindeten Region einen lebensfähigen Raum zu machen, dessen Mitgliedstaaten gemeinsam zum Wohl aller beitragen.

An einer solchen regionalen Zusammenarbeit könnte die Europäische Gemeinschaft sich konstruktiv beteiligen. Und ich meine, wir sollten uns einig sein, daß diese Bereitschaft vorhanden ist.

Dies setzt voraus, daß die Staaten Europas und die Staaten des Nahen Ostens das gemeinsame Gespräch versuchen. Ich zweifle nicht daran, daß die Europäische Gemeinschaft dazu bereit sein wird; sie steht schon heute mit den meisten Staaten, um die es geht, in einem Vertragsverhältnis.

Allerdings würden Drohungen und gar Erpressungen konstruktive Entwicklungen nur stören. Freunde schafft man sich damit nicht. Vielleicht verdient diese Anregung, die ich der Europäischen Gemeinschaft anheimgebe, eine sorgfältige Prüfung: Könnte — so ist meine Frage — die Gemeinschaft durch die Verstärkung der Instrumente, die in den einzelnen Verträgen schon angelegt sind, nicht die Voraussetzungen für eine Befriedung der Region verbessern? Ich denke etwa an die Nahrungsmittelhilfe, an die Unterstützung für die Ansiedlung der Flüchtlinge, an die vielfältigen Kooperationsmöglichkeiten, die bereits bestehen und um die wir uns weiterhin bemühen sollten.

Im Nahen Osten geht es zum Wohl der Menschen darum, den Frieden zunächst zu etablieren und ihn dann zu stabilisieren. Europa könnte bei beiden Aufgaben helfen.

Herr Präsident! Lassen Sie mich zum europäischen Einigungswerk übergehen und etwas sagen, was ich vor zehn Jahren so noch nicht gesagt haben würde. Der Satz, den ich so vor zehn Jahren noch nicht gesagt haben würde, lautet: Wir können und wir werden Europa schaffen! (Beifall)

Wir haben Verzögerungen, wir haben Rückschläge hinnehmen müssen. Das fordert Kritik heraus, zum Teil zu Recht. So auch zu Recht von Ihnen, den Mitgliedern des Europäischen Parlaments. Ich habe Verständnis dafür; meine Regierung sucht Ihren Stellungnahmen so weit wie möglich zu folgen.

Aber es stimmt doch, wenn ich sage: Wir haben ohne Zweifel Fortschritte gemacht, nicht zuletzt aufgrund der Impulse der beiden Gipfelkonferenzen vom Haag und von Paris.

Wir können jetzt, wenn wir nur wollen, mit einer neuen Phase des europäischen Aufbruchs beginnen. Ich bin gewiß: die Europäische Union wird kommen, und

darum bitte ich unsere Partner in der Welt immer wieder, dies als Tatsache zu betrachten und so die europäische Zukunft gewissermaßen kurzfristig vorwegzunehmen.

Die Entwicklung zur Europäischen Union ist unerlässlich. Nur sie bietet unseren Völkern den Raum, den ihre politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen Energien brauchen. Die Vereinigung Europas ist nicht nur eine Frage der Qualität unserer Existenz. Sie ist eine Frage des Überlebens zwischen den Giganten und in der zerklüfteten Welt der jungen und der alten Nationalismen. Nur in einem Europa, das seine Persönlichkeit gefunden hat, sind unsere nationalen Identitäten zu sichern. Der Nationalstaat klassischer Prägung ist die Lebensform von gestern. Es gilt noch, begrenzte Positionen zu erfüllen, vielleicht für lange Jahre. Aber unsere Zukunft ist nicht mehr, isoliert betrachtet, der Nationalstaat.

Die Europäische Union wird freilich, wenn ich es recht sehe, nicht durch eine Revolution entstehen, nicht durch den plötzlichen Sprung aus dem nationalstaatlichen in einen überstaatlichen Zustand, nicht durch den Umsturz der Grenzpfähle oder einen Verfassungstext, der über Nacht mit genialem Schwung aufs Papier geworfen wurde. Dies jedenfalls ist nicht so.

Wir reden statt dessen vernünftigerweise von der europäischen Evolution, der doch stetigen, in manchen Bereichen auch zügigen Entwicklung, in Bereichen, die schon in den Prozeß der Integration einbezogen sind, und in anderen Bereichen, die offiziell nicht als „integriert“ gelten. Die Summe dieser Maßnahmen wird eines Tages — vermutlich früher als manche heute ahnen — den Umschlag von der Quantität in die neue Qualität bewirken.

Wir sollten, wenn es geht, die Fristen abkürzen, die wir uns selbst setzen, sei es für die Wirtschafts- und Währungsunion, sei es für das, was ich die Sozialunion genannt habe, sei es für die politische Union. Noch in diesem Jahrzehnt soll nach dem Beschluß von Paris vom Oktober vergangenen Jahres die Europäische Union Wirklichkeit sein!

Entscheidend auf dem Weg zur Union ist das rechte Augenmaß. Der Vorschlag des französischen Staatspräsidenten, daß sich die Regierungschefs der

Gemeinschaft in einigermaßen regelmäßigen Abständen treffen sollten, um intensiv und ohne die Last eines ausgewachsenen „Apparats“ über die Probleme zu sprechen, die sich der heranwachsenden Union im Innern und nach außen stellen, wird dem Anspruch an das Augenmaß gewiß gerecht.

Dieser Vorschlag, den Präsident Pompidou auf seiner und nach seiner letzten Pressekonferenz in die europäische Diskussion eingeführt hat, begegnet im übrigen den Intentionen meiner Regierung und den Anregungen des britischen Premierministers, mit dem ich hierüber am gestrigen Vormittag sprechen konnte, auf eine besondere glückliche Weise. Ich verstehe die Initiative so, daß dieses Gremium als eine Art regelmäßiger Präsidentschaftskonferenz zu einem festen Begriff werden kann — und damit zu einem wesentlichen Schrittmacher auf dem Weg zur politischen Union.

Jeder einzelne Schritt nach vorn muß der Situation und den Notwendigkeiten entsprechen; er muß der Gemeinschaft oder den Gremien oder der politischen Zusammenarbeit jeweils die neuen Befugnisse übertragen, die notwendig sind, damit die von allen anerkannten Aufgaben zu diesem Zeitpunkt erfüllt werden können.

Dabei kommt es weniger auf die Worte an als auf die konkreten Ergebnisse. Das Wichtigste ist: Insgesamt muß die Funktionsfähigkeit erhöht werden, und zwar sowohl innerhalb der Europäischen Gemeinschaft als auch innerhalb der politischen Zusammenarbeit. Zwischen beiden, der Gemeinschaft und der politischen Zusammenarbeit, muß ein überzeugendes Miteinander zustande kommen.

Wir alle sollten in mehr als zwanzig Jahren europäischer Integrationspolitik gelernt haben, daß uns die funktionelle Methode eher ans Ziel bringt als die konstitutionelle — mit allem Respekt, der auch der zweiten gebührt. Wenn dies — daß man nämlich der funktionellen Methode den Vorzug gegenüber der konstitutionellen gibt — Pragmatismus genannt wird, so stört mich das nicht. Das Ziel bleibt jedenfalls deutlich. Es ist, wie ich es gelegentlich in diesen Jahren formuliert habe, eine vernünftig organisierte europäische Regierung, die auf den

Gebieten der gemeinsamen Politik die notwendigen Entscheidungen treffen kann und deren Amtsführung parlamentarisch kontrolliert wird. (Beifall)

Dieser Regierung werden die europäischen Staaten jene Rechte — wenn man es noch präziser sagen will: jene Souveränitätsrechte — übertragen, die in Zukunft nur noch miteinander wirksam ausgeübt werden können; die übrigen Rechte bleiben natürlich bei den Staaten.

Damit wahren wir zugleich die nationale Identität unserer Völker, die Quellen ihrer Stärke sind, und fügen die europäische Identität hinzu, aus der uns miteinander neue Kräfte erwachsen.

Einer solchen Art europäischer Regierung werden die Gemeinschaft der Wirtschaft und Währung, die Sozialgemeinschaft, vielleicht auch ein Stück Bildungsgemeinschaft, doch ganz gewiß die Gemeinschaft der Außenpolitik und mit zwingender Logik eines Tages auch die Gemeinschaft der in europäischer Souveränität verwalteten Sicherheit zugeordnet werden.

Wenn diese Aufgaben einmal in der Verantwortung einer europäischen Regierung gesammelt sind, dann versteht es sich, daß es dann auch über die Verfassungen unserer Staaten hinaus eines Grundgesetzes bedürfen wird, dem die Bürger unserer Länder zugestimmt haben müssen.

Bisher haben wir unseren Bürgern wenig Gelegenheit gegeben, sich als das zu fühlen, was sie seit langem weithin sind, nämlich Bürger Europas. Wir wissen auch aus Meinungsumfragen, daß viele von ihnen, viele dieser unserer Bürger, die europäische Einheit mit uns als das Ziel der politischen Anstrengungen betrachten. Aber wir haben das europäische Bewußtsein wohl zu selten in ihre Wirklichkeit übersetzt.

Darauf habe ich in den vergangenen Jahren, wenn ich es offen sagen darf, immer wieder hingewiesen. Es ist entscheidend, daß die Gemeinschaft über die wirtschaftliche Kooperation und die politische Organisation hinaus zum sozial besonders fortschrittlichen Raum unserer Zivilisation zusammenwächst. Die europäische Integration muß unmittelbar den Menschen dienen.

Ich rede nicht von einem undeutlichen Lebensgefühl. Unsere Bürger sollen spüren, daß Europa ihre Arbeits-, ihre Lebensbedingungen verbessert, daß es in ihren Alltag hineinwirkt. Europa muß endlich für die vielen, die innerhalb der Gemeinschaft von einem Staat zum andern reisen oder auch die Niederlassungsfreiheit nutzen, die Hindernisse an den Stationen der Grenzpolizei oder durch das Ausländerrecht deutlicher als bisher aus dem Weg räumen.

Man sollte sich auch nicht damit abfinden, daß wir im Zeichen des Abbaues der Zollschranken die Zahl der Zollbeamten vermehren, statt sie zu vermindern, (Beifall) was keine Polemik gegen die mir sehr sympathischen Beamten ist, über die ich hier spreche, sondern sich auf die Funktion bezieht, die sie in der europäischen Landschaft ausüben. Daß die Zollvorschriften länger, statt kürzer werden, kann nicht vernünftig sein, (Beifall) ebenso wie es nicht vernünftig sein kann, daß sie komplizierter, statt einfacher werden. Wenn wir die nationalen Bürokratien durch eine europäische Dimension aufblähen, dann, meine Damen und Herren, machen wir etwas falsch. (Beifall)

Es ist jedenfalls nicht der Wille unserer Völker, ein Europa zu schaffen, in dem wir umherirren wie der Bürger K. in Kafkas „Schloß“. Ich meine, hier sollte sich endlich politischer Wille gegenüber den vielen, im einzelnen sicher immer begründeten, doch in der Summe nicht mehr erträglichen nationalen und administrativen Egoismen durchsetzen. Wir wollen doch ein Europa der täglichen Vernunft, des bon sens, des common sense, des gesunden Menschenverstands, und das müssen wir sagen und, wo es geht, auch verwirklichen.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, meine Regierung wünscht, daß am Ende dieses Jahres — und wir haben nicht mehr viele Wochen, bevor dieses Jahr zu Ende gegangen sein wird — ein neuer und deutlicher Fortschritt auf dem Weg zu einer europäischen Regierung gemacht wird. So fordert es der Respekt von den Beschlüssen der Pariser Konferenz im Oktober 1972.

Die dramatischen weltpolitischen Ereignisse der letzten Wochen haben demonstriert, wie ohnmächtig die europäischen Staaten als Faktor des Friedens und der Stabilisierung in der Welt bleiben, solange sie nicht geeint auftreten können. Die Menschen anderer Kontinente spürten vielleicht noch deutlicher als

wir, daß in einer Welt, deren Schicksal nicht mehr allein durch zwei Supermächte bestimmt werden kann und soll, der Einfluß eines geeinten Europas unentbehrlich geworden ist.

In diesem, wie man anderswo gesagt hatte, „Jahr Europas“ sollte das Verhältnis unserer Gemeinschaft zu den Vereinigten Staaten nun definiert werden, dann, in einem weiteren Arbeitsgang, das Verhältnis zu Kanada und Japan. Zugleich sucht der andere Teil Europas Verbindung, zumal soweit er wirtschaftlich durch COMECON — RGW — zusammengefaßt ist. Eine Mehrheit der afrikanischen Staaten strebt nach Assoziierungsabkommen, und in anderen Teilen der Welt werden mit der europäischen Einigung auch erhebliche Erwartungen verknüpft.

Von besonderer Bedeutung — wem sage ich es hier? — bleibt die Definition des Verhältnisses des sich vereinigenden Europas zu den Vereinigten Staaten von Amerika. Dies ist ein langfristiger Prozeß, der erst mit der Vollendung der Europäischen Union abgeschlossen werden kann. Uns binden gleiche oder ähnliche Ideale aneinander. Die Interessen unserer Sicherheit sind durch das Atlantische Bündnis fest miteinander verflochten. Amerika hat den Prozeß der europäischen Einigung stets mit guten Worten unterstützt. Jedes unserer Völker bringt in den transatlantischen Dialog die Erfahrung der Freundschaft ein.

Europa indessen ist selbstbewußt und eigenständig genug geworden, um sich als gleichberechtigter Partner in diesem Verhältnis zu empfinden, und als gleichberechtigter Partner muß es anerkannt werden.

Partnerschaft kann nicht Unterordnung bedeuten. Partnerschaft beweist sich im Ausgleich der Interessen, in dem Willen, die gemeinsamen Probleme miteinander zu ordnen, die gemeinsamen Aufgaben in vernünftiger Übereinstimmung zu erfüllen, und in dem zuverlässigen gegenseitigen Respekt.

Dies, meine Damen und Herren, muß in der Erklärung sichtbar werden, die ein neues Fundament für die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Europäischen Gemeinschaft legen soll. Damit werden wir der Forderung nach einem konstruktiven Dialog gerecht, der in der Pariser Konferenz beschlossen wurde, und für den nicht zuletzt meine Regierung geworben hat. Ich

meine, eine Bekräftigung des Atlantischen Bündnisses, das gerade für die Zeit der Entspannung einer festen Verankerung bedarf, wird die Basis der Gemeinsamkeit stärken.

Die Bedeutung der Gemeinschaft für Kooperation und Kommunikation mit den osteuropäischen Staaten und der Sowjetunion zeigt sich praktisch schon in den Genfer Beratungen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Dort und anderswo werden unsere Verhandlungspartner — in der konkreten Arbeit — erkennen, daß sich die Gemeinschaft nicht als ein sich abkapselnder „Block“ formiert: Die gesamteuropäische Zusammenarbeit wird durch die westeuropäische Einigung nicht beeinträchtigt.

Umgekehrt darf die westeuropäische Einigung durch die gesamteuropäische Zusammenarbeit nicht aufgehalten werden. Das ist nicht allein eine Einsicht meiner Regierung, sondern die Haltung, wenn ich es recht verstanden habe, der Gemeinschaft insgesamt.

Herausforderungen, die der Gemeinschaft mit neuen Aufgaben begegnen, können den Prozeß der inneren Konsolidierung wohl zumeist nur fördern. Die europäische politische Zusammenarbeit hat sich auf immer größeren Feldern zu bewähren. Die Dynamik, die sich hier zu entwickeln beginnt, verlangt noch intensivere und breitere Konsultationen. Der Themenkreis muß ständig ausgeweitet werden. Auch bilaterale Verhandlungen und Pläne der einzelnen Regierungen in ihrem Verhältnis zu den übrigen Weltmächten und zur Dritten Welt sollten, wo immer es geht, mit den Partnerstaaten geprüft werden.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Voraussetzung der Europäischen Union von morgen ist die Wirtschafts- und Währungsunion, an der wir heute arbeiten. Hier müssen am raschesten Fortschritte gemacht werden.

Nach den vielen Irrungen der letzten Jahre müssen wir es nun endlich zuwegebringen — und ich weiß, der Ministerrat hat am Freitag hierüber nicht ergebnislos beraten —, die Konjunkturpolitik besser abzustimmen, denn sie ist die wichtigste Vorstufe zur gemeinsamen Wirtschaftspolitik. Stabilitätspolitik kann isoliert nicht wirksam, nicht erfolgreich sein. Entweder ergeben wir uns alle in das

Schicksal der fortschreitenden Geldentwertung, oder aber wir entschließen uns zu einer gemeinsamen Politik des Widerstandes gegen die Aushöhlung des Wertes unserer Währungen — und damit der Leistung, die unsere Bürger hart genug erarbeiten.

Meine Regierung weiß, daß wir den Übergang zu einer zweiten Stufe im Sinn des ursprünglichen Programms zum Jahre 1974 nicht vollziehen können. Die neue Stufe sollte sich aber, so meine ich, dem Inhalt der ursprünglichen zweiten Stufe so weit wie möglich nähern. Es genügt nicht, Versäumtes nachzuholen. Besonders für eine Koordinierung der Wirtschaftspolitik und der Währungspolitik, die uns präziser verpflichtet, und für die stärkere Bindung der Mitgliedstaaten an die wirtschaftspolitischen Orientierungen braucht es neue Beschlüsse.

Zugleich sollten wir auf angemessene Weise die Währungsmechanismen, die sich die Gemeinschaft geschaffen hat, weiter entwickeln. Die bedauerliche Tatsache, daß wir noch nicht in der sogenannten „Schlange“ vereinigt sind, sollte uns vielleicht doch nicht davon abhalten, zum Jahresende begrenzte Beschlüsse über den Währungsbeistand für alle Mitglieder der Gemeinschaft zu fassen.

Die Wirtschafts- und Währungsunion kann nur gelingen — wir wissen es alle —, wenn eine gemeinsame Anstrengung der Gemeinschaft unternommen wird, die strukturellen Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten und besonders zwischen einzelnen Regionen der Mitgliedstaaten geduldig auszugleichen.

Voraussetzung sind — unserer Meinung nach — allerdings so strenge Kriterien für die Förderung von Regionalprojekten, daß tatsächlich nur gefördert wird, was auch wirklich gemeinsamen europäischen Kriterien gerecht wird und der Gesundheit der Regionen dient.

Im übrigen betrachtet die Bundesregierung die gemeinsame Agrarpolitik nach wie vor als wichtigen Bestandteil der europäischen Einigungspolitik, und sie wird jede Überprüfung und jede Fortentwicklung nach den dafür vereinbarten und festliegenden Prinzipien ausrichten. Tatsächlich hat die Agrarpolitik innerhalb der Gemeinschaft — aus Gründen, die ich jetzt nicht untersuchen will — einen

höheren Stand der Integration erreicht als irgendeine andere gemeinsame Politik. Nun müssen wir rascher als bisher in den übrigen Bereichen aufholen.

Innerhalb der Agrarpolitik selbst müssen wir die Märkte schrittweise stabilisieren, damit sich Angebot und Nachfrage besser ausgleichen. Überschüsse, die nur mit Mühe auf den Weltmärkten untergebracht werden können, sind kein gutes Zeugnis für Sinn und Erfolg der europäischen Integration. (Beifall)

Die Gemeinschaft muß — so meinen wir — auch an einem Welternährungsprogramm mitarbeiten, denn sie hat eine klare Mitverantwortung für die Versorgung der Bevölkerung in den hungernden Regionen.

Die jüngsten Ereignisse haben uns die Abhängigkeit von den Erdölquellen auf drastische Weise deutlich gemacht. Bisher glaubten wir uns in der Gemeinschaft, den Luxus recht unterschiedlicher Meinungen über Grundlagen und Formen einer gemeinsamen Energiepolitik leisten zu können. Heute wissen wir, oder sollten wir wissen, daß Gemeinsamkeit gerade in diesem Bereich im wörtlichen Sinn lebensnotwendig ist.

Die heraufziehende Energiekrise beweist, daß wir in einem Boot sitzen. Ich bitte die zuständigen Organe der Gemeinschaft dringend, alles zu tun, um diese Zusammenarbeit — still, was vermutlich besser ist als laut — zu mobilisieren. Spätestens müssen wir auf der Konferenz der Regierungschefs in Kopenhagen in etwa einem Monat Klarheit gewinnen, wie es insoweit mit der europäischen Solidarität bestellt ist.

Auch von dieser Stelle, meine Damen und Herren, rege ich eine Verbesserung des Finanzgebarens in der Gemeinschaft an. Solange unsere Bürger — übrigens sicher nicht immer zu Recht — glauben, in der Gemeinschaft würden die Finanzen laxer behandelt als in den eigenen Staaten, solange werden sie kaum verstehen oder billigen, wenn wir in größerem Maße Brüssel, wie man sagt, weitere Mittel zuweisen. Wir brauchen in kameradschaftlicher Zusammenarbeit zwischen den Organen der Gemeinschaft und den Mitgliedsregierungen als Instrument der Kontrolle einen unanfechtbaren Mechanismus.

Ich gebe hier einige Stichworte: Größere Transparenz, so daß unsere Bürger verstehen, was für welche Aufgaben notwendig ist, mehr Verantwortung für das zuständige Kommissionsmitglied, Einrichtung eines Europäischen Rechnungshofes und — nicht zuletzt und damit verbunden — verbesserte Kontrollbefugnisse für das Europäische Parlament. (Beifall) Damit sind die Wege bezeichnet.

Ich will hier ohne Umschweife auf rasche und energische Entscheidungen drängen. Dabei weiß ich, daß die Europäische Kommission diese Sorgen teilt, und ich möchte ihr — der Kommission — von dieser Stelle aus für ihr Bemühen danken, hier neue, wenn ich so sagen darf, „wasserdichte“ Vorkehrungen zu treffen.

Meine Damen und Herren, unsere Gemeinschaft wird sich außerdem als Sozialunion zu bewähren haben, ohne daß ich dies im Augenblick zu detaillieren oder gar durchzubuchstabieren beabsichtige.

Vielleicht war in den Aufbaujahren die Zeit für eine stärkere Betonung sozialer, gesellschaftspolitischer Ziele über die nationalstaatlichen Grenzen hinaus noch nicht reif. Wir haben uns zu lange damit abgefunden, daß Sozialpolitik zu einem Anhängsel des Wettbewerbs gemacht wurde. In der Gemeinschaft schien man Sozialpolitik vor allem als ein Problem der Subsidien zu begreifen. Nun können und dürfen wir nicht länger warten. In Paris haben wir im vergangenen Jahr das Signal für die Arbeit am Aufbau der Sozialunion gegeben, und davon möchte ich mich nicht abbringen lassen.

Die Europäische Union, die wir wollen, fordert die demokratische Legitimation, die ökonomische Basis und die eigene soziale und gesellschaftspolitische Zielsetzung. Und die Eigenständigkeit der sozial- und gesellschaftspolitischen Integration ist mehrfach zu begründen. Sozialer Fortschritt verlangt gleichen Rang wie das ökonomische Wachstum, weil Produktion und Konsum auch in Europa nicht länger als Selbstzweck verstanden werden. Sie müssen unmittelbar der Wohlfahrt unserer europäischen Bürger dienen. Nur so wird Europa die Gefahr des Technokratentums überwinden.

Meine Damen und Herren! Ich erkenne folgende klare Aufgaben:

- Entwicklung einer aktiven Arbeitsmarktpolitik der Gemeinschaft;
- Überwindung der Beschäftigungsschwierigkeiten bestimmter Gruppen durch bessere berufliche Bildung;
- Planung einer sozialen Politik für die Wanderarbeiter und Koordinierung dieser Politik gegenüber dritten Staaten;
- gemeinsame Anstrengung für humane Arbeitsbedingungen nach gleichen Normen;
- regelmäßige und dynamisierte Anpassung der Sozialleistungen in jedem Mitgliedstaat an seine wachsende Wirtschaftskraft;
- Mitwirkung und Mitbestimmung der Arbeitnehmer in Unternehmen und Betrieben.

Meine Damen und Herren! Meine Regierung gibt der Verbesserung der institutionellen Grundlagen der Gemeinschaft einen hohen Rang. Auch hier werden die großen Entscheidungen wohl erst im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Europäischen Union fallen können. Dennoch müssen wir im Vorfeld, den sachlichen Fortschritten entsprechend, die Institutionen ausbauen und verbessern.

Ich habe vorhin schon auf Präsident Pompidous Vorschlag für regelmäßige Konferenzen der Staats- bzw. Regierungschefs hingewiesen. Von solchen Konferenzen können bessere, ja entscheidende Impulse ausgehen, ohne daß damit nach dem Vertrag verantwortlichen Organen ein Alibi für Untätigkeit gegeben werden sollte oder dürfte. Die Staats- bzw. Regierungschefs sollten jeweils Bilanz ziehen und möglichst exakt den Stand der europäischen Einigung in allen Sachbereichen sowohl in der Gemeinschaft als auch in der politischen Zusammenarbeit feststellen.

Dieses Hohe Haus jedoch versammelt nach der Weisung der Verträge von Rom und Paris die Vertreter der Völker der in der Europäischen Gemeinschaft zusammengeschlossenen Staaten. Sie sind durch die Mandate ihrer nationalen parlamentarischen Versammlungen demokratisch klar legitimiert. Die Verträge erteilen darüber hinaus den Auftrag, ein Parlament durch allgemeine unmittelbare Wahlen zu konstituieren. Dies ist das Ziel. Doch ich meine, wir haben nicht das

Recht, in einen Zustand der Lähmung zurückzufallen, solange wir noch von diesem Ziel entfernt sind.

Nichts darf uns davon abhalten, die Verantwortung des Europäischen Parlaments Schritt für Schritt zu mehren. Seine Befugnisse müssen erweitert werden. Das Parlament braucht das Recht der wesentlichen Mitentscheidung, vor allem bei den Beschlüssen, die in Übereinstimmung mit den Verträgen eine sachliche Ausweitung der Gemeinschaftszuständigkeit ohne Beteiligung der nationalen Parlamente vorsehen.

Ein Vermittlungsausschuß, wie er — wenn ich es recht verstanden habe — von Ihnen vorgeschlagen wurde und wie wir ihn etwas anders konstruiert bei uns in Bonn zwischen Bundestag und Bundesrat kennen, mag im Haushaltsverfahren durchaus geeignet erscheinen, Entscheidungen vorzubereiten, die vom Rat und vom Parlament gleichermaßen getragen werden. (Beifall)

Ich erinnere hier, verehrte Anwesende, auch an meine eigene Anregung, das politische Gewicht dieser Versammlung durch eine Regelung der Vertretung zu stärken, die es den führenden Persönlichkeiten der nationalen Parlamente erlaubt, an den Diskussionen dieses Hauses jedenfalls zu bestimmten Zeiten unmittelbar teilzunehmen. Parlamentarisches Leben, wir wissen es alle, enthält viel Routine, aber es verlangt auch Flexibilität. Der Rang des Institutionellen enthält kein Recht auf Erstarrung.

Ich notiere dankbar, daß dieses Haus auch über Durststrecken hinweg schon zum parlamentarischen Forum für die politische Einigung Europas wurde. Ich denke an die jährliche Debatte über die Fortschritte bei der politischen Einigung und an die Kolloquien über Fragen, die sich aus der europäischen politischen Zusammenarbeit ergeben. Ich möchte Sie, meine Damen und Herren Abgeordneten, auch auf diesem Feld zu jeder Initiative ermutigen.

Sie haben viele Möglichkeiten, aus eigener Kraft, aus eigenem Einfallsreichtum und eigener Sachkunde den Aufbau Europas und einer europäischen Politik voranzutreiben. So wäre die Verbindung Europas mit Afrika ohne die Konferenz

des Europäischen Parlaments mit den Parlamenten der afrikanischen Staaten und Madagaskars im Jahre 1961 nicht denkbar gewesen.

Das Europäische Parlament ist an der Erfüllung der wohl wichtigsten Vereinbarung der Staats- bzw. Regierungschefs vom Oktober vergangenen Jahres unmittelbar beteiligt, nämlich an dem umfassenden Bericht über die Umwandlung der Gesamtheit der Beziehungen der Mitgliedstaaten zur Europäischen Union, die unser erklärtes, unverrückbares Ziel ist. Wir wollen es, wie wir es gesagt haben, vor 1980 erreichen.

Wir schreiben Ende 1973, und das heißt: Die Zeit drängt; Sie, meine Damen und Herren, empfinden dies nicht anders als ich. Darum bitte ich Sie, Ihre Arbeit nicht zuletzt auf diesen Bericht über die Aufgaben dieses Jahrzehnts und die Strukturen, die die Union bekommen wird, zu konzentrieren. Vielleicht schaffen wir es, diesen Bericht sogar früher als Ende 1975 zustande zu bekommen und ihn auf seine Verwirklichung hin abzuklopfen und zu prüfen.

Ich summiere hier die wesentlichen Elemente eines europäischen Ad-hoc-Programms, das keinen Aufschub duldet.

1. Wir brauchen noch bis zum Ende dieses Jahres einen deutlichen Fortschritt auf dem Wege zur Wirtschafts- und Währungsunion, zur gemeinsamen Regionalpolitik, zur gemeinsamen Sozialpolitik, zur Weiterentwicklung im Laufe des nächsten Jahres der gemeinsamen Agrarpolitik.
2. Wir brauchen eine Verbesserung des Finanzgebarens der Gemeinschaft. Von jedem Pfennig für Europa muß unseren Mitgliedern klar sein, dass er nutzbringend angelegt wird. (Beifall)
3. Wir brauchen den Entschluß zur wesentlicheren Mitwirkung und Mitentscheidung des Europäischen Parlaments in Angelegenheiten der Gemeinschaft.
4. Wir brauchen noch bis zum Ende dieses Jahres Fortschritte zu einem solidarischeren Verhalten der Gemeinschaft. In der Mitverantwortung Europas für Frieden und Stabilität im Mittelmeerraum, in der Definition unserer Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika, in der Kooperation mit der Sowjetunion und den Staaten Osteuropas.

5. Wir brauchen häufigere Begegnungen der Regierungschefs nach den Anregungen des französischen Präsidenten, nach meinem Verständnis in einer Art regelmäßiger, wenn auch nicht sklavisch an einen Terminkalender gebundenen Präsidentschaftskonferenz, die entscheidende politische Impulse gibt und so die Zusammenarbeit aller verantwortlichen Organisationen und Gremien national und auch europäisch voranbringt und voranzwingt.
6. Wir brauchen möglichst bald klare, realistische Vorschläge für den Weg zur Europäischen Union in voller Achtung dessen, was besteht und was seit 20 Jahren vielen Widerständen zum Trotz erreicht werden konnte.

Ich will, Herr Präsident, hier zum Abschluß und ohne Pathetik sagen: Die Bundesrepublik Deutschland hat nach allem, was ich zu erkennen vermag, die Europäische Union als ihre bleibende Heimat gewählt. In ihr suchen wir unsere Zukunft.

Dieses Haus kann also der Unterstützung der Bundesregierung immer sicher sein, wenn es auf dem Weg zur Einheit Europas vorandrängt. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Anhaltender Beifall)